

## **Positionspapier der DGB Senior\*innen Hamburg zum Thema senior\*innengerechte Stadt**

In diesem Jahr hat der DGB-Bundesvorstand eine Neufassung der senior\*innenpolitischen Eckpunkte beschlossen. Diese Eckpunkte sowie die Beschlüsse des DGB Hamburg und DGB Nord sind Leitlinien für dieses Positionspapier.

In Hamburg leben fast 342.000 Senior\*innen. Sie machen fast ein Fünftel der Bevölkerung aus. In den nächsten Jahren wird die ältere Bevölkerung noch steigen. Die DGB Senior\*innen, als ehrenamtlicher Arm des DGB Hamburg, ist eine der größten Senior\*innenorganisationen der Stadt Hamburg. Die DGB Senior\*innen haben die Aufgabe, die Senior\*innenpolitik der Mitgliedsgewerkschaften zu koordinieren, Impulse zu setzen und sich in die Debatten einzumischen.

Besondere Aufmerksamkeit wird auf die altersarmen Menschen gelegt. Waren in Hamburg von den Alterssicherungsbezieher\*innen 2008 noch 9,6 Prozent von Altersarmut bedroht, so waren es 2018 bereits 17,1 Prozent. Prekäre Arbeitsverhältnisse, Tariffucht und die seit der Jahrtausendwende vollzogenen Einschnitte in die gesetzliche Rente werden diesen Trend in der Zukunft eher verstärken. Neben dem erforderlichen Umsteuern bei der gesetzlichen Rente kann auch die Stadt Hamburg einen Beitrag leisten, der altersarmen Menschen eine Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht und einer Vereinsamung entgegen wirkt.

Eine senior\*innengerechte Stadt zeichnet sich dadurch aus, dass eine umfassende Teilhabe von älteren Menschen am gesellschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Leben gewährleistet ist. Für eine entsprechende Infrastruktur sind hinreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Altersarme Senior\*innen sind finanziell durch städtische Zuschüsse zu unterstützen, um ihnen die Teilhabe zu ermöglichen. Die Stadt muss alters- und behindertengerecht gestaltet werden. Strukturelle Benachteiligungen älterer Menschen mit Migrationshintergrund sind auszugleichen, auch durch interkulturelle Teilhabe. Der soziale Zusammenhalt ist durch generationenübergreifende Zusammenkünfte zu stärken.

Der Ansatz des Hamburger Senates, in altersgerechte Quartiere zu investieren, ist grundsätzlich zu unterstützen. Er muss es älteren Menschen ermöglichen, lange in ihren Quartieren zu leben. Am Besten in ihren eigenen vier Wänden und sofern dies nicht mehr möglich ist, in Service-Wohnungen in ihren gewohnten Quartieren zu bezahlbaren Preisen. Bei der finanziellen Unterstützung sollte besonderes Augenmerk auf die Quartiere mit hoher Altersarmut gelegt werden. Aber eine rein finanzielle Unterstützung von quartiersnahen Seniorentreffs und anderen Senioreneinrichtungen ist nicht hinreichend. Es muss gewährleistet werden, dass das begrüßenswerte ehrenamtliche Engagement – gerade von älteren Menschen – durch fachlich qualifizierte Hauptamtlichkeit in guter Arbeit ergänzt wird. Einen bestimmten Schlüssel festzulegen ist sinnvoll.

Nach dem Erfolg der aufsuchenden Senior\*innen-Arbeit in den Pilotbezirken begrüßen wir die Ausdehnung auf ganz Hamburg. Allerdings wollen wir auch die unter 80-jährigen ansprechen lassen, um sie bei der gesellschaftlichen und kulturellen Teilhabe zu unterstützen. Die Einsamkeit durch Altersarmut

beginnt nicht erst ab 80. Die Hamburger Hausbesuche sollten sich nicht auf gesundheitliche und pflegerische Hilfestellungen beschränken, sondern eine umfassende Teilhabe verfolgen.

Ebenso ist es erforderlich, die aufsuchende Senior\*innenarbeit in ein ganzheitliches Konzept einzubinden und mit den anderen Senioreneinrichtungen der jeweiligen Quartiere zu vernetzen. Die Bezirkliche Seniorenberatung sollte so ausgebaut werden, dass sie die Koordinierung der quartiersorientierten Senior\*innenarbeit übernehmen kann, auch um zu gewährleisten, dass alle älteren Menschen über dieses Angebot informiert sind.

Bislang werden die Hamburger Hausbesuche durch Honorarkräfte durchgeführt, die durch eine Weiterbildungsmaßnahme vorbereitet wurden. Für die Beratung ist allerdings eine qualifizierte Sozialarbeit erforderlich, die sozialversicherungspflichtig und tariflich abgesicherte Arbeit sein muss. Für ein ganzheitliches Konzept der Senior\*innenarbeit und seine Vernetzung sowie kostengünstige bzw kostenlose Angebote ist die Stadt Hamburg in der Verantwortung. Vielfach sind den Seniorinnen und Senioren die Angebote zur Unterstützung und Teilhabe nicht bekannt. Hier ist eine umfassende Informationsstrategie erforderlich, die berücksichtigt, welche Informationsquellen bevorzugt von älteren Menschen genutzt werden.

In Hamburg bekommen mehr als 30.000 Seniorinnen und Senioren Grundsicherung. Hamburg ist zugleich eine der teuersten Städte Deutschlands. Deshalb sollte die Stadt einen „Hamburg-Zuschlag“ einführen, der die Hamburger Seniorinnen und Senioren in der Grundsicherung mit einem zusätzlichen Betrag in angemessener Höhe monatlich unterstützt und damit die hohen Lebenshaltungskosten ein wenig ausgleicht.

Für ihre Mobilität sind ältere Menschen auf einen leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Altersgerechte Verkehrsmittel und Verkehrsinfrastruktur sowie ein preiswertes Senior\*innen-Ticket stärken ihre Mobilität. Gegenwärtig wird das Senior\*innen-Ticket von knapp 9 Prozent der Hamburger Senior\*innen genutzt. In den vergangenen Jahren war dieses Ticket überproportional von Preiserhöhungen betroffen. Ein Preismoratorium für 2020 reicht nicht aus. Der Preis für das Senior\*innen-Ticket sollte um mindestens 20 Euro gesenkt werden.

Viele Wege legen Senior\*innen zu Fuß zurück. Für Fußwege ist deshalb genügend Raum in barrierefreier Qualität und gut beleuchtet zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist die Nahversorgung im Wohnumfeld mit Post, Ärzten, Apotheken, Lebensmittelhändlern etc. wichtig.

Gerade Senior\*innen benötigen bezahlbaren Wohnraum. Sie haben vielfach Anspruch auf Sozialwohnungen. Die Stadt muss gewährleisten, dass diese Ansprüche auch eingelöst werden können. Ältere Menschen wollen in ihren Wohnquartieren bleiben, denn die gewohnte Umgebung ist ausschlaggebend für ihre Lebensqualität. Um zu gewährleisten, dass sie dort lange leben können, müssen die Wohnungen alters- und behindertengerecht ausgebaut werden. Diese Wohnungen müssen trotz Modernisie-

rungsmaßnahmen bezahlbar bleiben. Rein rechnerisch müssten mindestens 25 Prozent der Wohnungen barrierefrei ausgebaut sein. Besondere Beachtung sollten hierbei Quartiere mit einem hohen Anteil an älteren Menschen erfahren.

Der Vorstoß Hamburgs, die Eigenbeiträge zur Pflege zu deckeln, geht in die richtige Richtung. Um die Pflegeversicherung und Krankenversicherung zukunftsfähig zu gestalten, wären aber schon jetzt erste Schritte in Richtung Bürgerversicherung notwendig. Dazu gehören die Erhöhung der Beitragsbemessungs- und der Versicherungspflichtgrenze sowie die Einbeziehung weiterer Einkunftsarten. Auch die Entwicklung hin zu einer Pflegevollversicherung wäre zu prüfen. Hier könnte Hamburg im Bundesrat aktiv werden.

Gute Pflege ist nur möglich mit genügend gut ausgebildetem Personal. Hierfür ist es dringend erforderlich, dass die Attraktivität der Pflegeberufe gesteigert wird. Neben gut bezahlter tariflicher Arbeit gehört hierzu eine Personalbemessung, die dem quantitativen und qualitativen tatsächlichen Pflegebedarf entspricht. Bei den Senior\*innen sollte der altersbezogenen Prävention in Gesundheit und Pflege ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Zur umfassenden Teilhabe gehört auch die Förderung der digitalen Teilhabe von älteren Menschen, beispielsweise durch Schulungen und Weiterbildungsmaßnahmen. Diese muss auch für Menschen mit geringem Alterseinkommen gesichert sein. Die technischen Geräte und die Nutzeroberfläche müssen altersgerecht gestaltet sein. Dies betrifft Behörden, Ticket-Terminals, private Einrichtungen etc. Neben den digitalen müssen auch analoge Angebote zur Verfügung stehen, ohne dass Mehrkosten entstehen.

Ein Leben in Würde im Alter sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Um dieses zu gewährleisten, sind die staatlichen Institutionen in der Verantwortung. Dieses Positionspapier zeigt auf, in welcher Weise die Stadt Hamburg hierfür einen Beitrag leisten kann.